



## **In Krisenzeiten wird die politische Auseinandersetzung härter: Soziale Gerechtigkeit versus Fremdenfeindlichkeit**

**Referat von Christian Levrat, Nationalrat FR, Präsident der SP Schweiz**

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Liebe Genossinnen, liebe Genossen

Vor einem Jahr hat der Bundesrat in einer noch nie da gewesenen Rettungsaktion die UBS aus dem selbst verschuldeten Schlamassel gezogen. 68 Milliarden Franken haben der Bund und die Schweizerische Nationalbank für toxische Papiere und eine Grossbank in übler Schiefelage ausgegeben. Jede und jeder von Euch hier im Saal hat mit über 19'000 Franken Steuergeld dazu beigetragen.

Wir begehen heute also - ich wage nicht zu sagen feiern - den ersten Geburtstag der Rettung der UBS durch den Bund. Seit einem Jahr kämpfen wir nicht gegen die Bank, sondern darum, diese zu überzeugen, zu vernünftigeren Praktiken zurückzukehren: Unsere Banken müssen im Dienst der Realwirtschaft stehen. Im Dienste der Schweiz, die früh aufsteht, um zu arbeiten, und nicht im Dienste der Finanzjongleure. Welche Bilanz ziehen wir heute?

Leider eine negative. Die Banken haben aus der Krise, in die sie uns gestürzt haben, absolut nichts gelernt: Sie weigern sich wie früher, ihre Eigenmittel auf ein vernünftiges Mass zu erhöhen. Sie beharren auf einem Geschäftsvolumen, das einem Mehrfachen des Bruttoinlandprodukts entspricht. Ohne Rücksicht auf das Risiko, dem sie unser Land aussetzen. Und sie bezahlen wieder Gehälter und Boni in Millionenhöhe. Und die bürgerliche Mehrheit toleriert diese Passivität umso mehr, als die Banken ihre Scheckhefte wieder gezückt haben und sich gegenüber Politikern, die ihnen besonders wohlgesinnt sind, grosszügig zeigen.

Tatsächlich ist die Wiedereröffnung des Finanzcasinos nur eine weitere Obszönität in der Geschichte des Finanzkapitalismus, dem wir seit Jahren ausgesetzt sind. Aber die Unanständigkeit geht noch weiter und zwingt uns, unsere Anstrengung fortzusetzen. Am Tag, als die Zeitungen von der Auszahlung der höchsten je an der Wall Street verteilten Boni berichteten - und folglich die übermässige Erhöhung jener von der UBS und CS ausbezahlten - berichten die Zeitungen von der Position der Schweizer Wirtschaftsbarone, die sich jeglicher Lohnerhöhung für die „normalen“ Leute widersetzen. Die Schweizer Steuerzahlerinnen und Steuerzahler werden dreimal bestraft: Sie haben die Rettung der UBS finanziert, sie sind Opfer einer noch nie dagewesenen Wirtschaftskrise und sie erleben die Erosion ihrer Kaufkraft. Besser könnte man die Macht der Banken nicht beschreiben und die Arbeit, die uns bleibt, um die Wirtschaft ein klein wenig zu demokratisieren.

Wir bleiben also weiterhin dran:

- mit dem Vorschlag, das Investment-Bankgeschäft von den übrigen Bereichen abzutrennen, damit eine Finanzkrise nicht die gesamte Volkswirtschaft mitreisst
- mit der Forderung nach höheren Eigenmitteln bei den Banken

- mit der 1:12-Initiative der Juso

Denn: In anderen Bereichen ist die Politik weit weniger generös. Bei der Arbeitslosenversicherung regiert Schmalhans. Unter der Ägide der FDP, die exakt heute, 25 Kilometer von hier auf der anderen Seite des Vierwaldstättersees in Stand ihre DV abhält, wird die Arbeitslosenversicherung geschröpft. Ein Sparprogramm inmitten der Krise statt einer dringend nötigen Stärkung der ALV. Der Freisinn unternimmt alles, damit die über 150'000 Arbeitslosen in der Schweiz – bald werden es über 200'000 sein – damit diese Arbeitslosen also die für sie bestimmte Versicherung möglichst nicht belasten und stattdessen in die Sozialhilfe abgeschoben werden.

Es braucht aber zum jetzigen Zeitpunkt keine Sparübung. Im Gegenteil:

- Die Taggeldzahl der ALV muss temporär für alle Arbeitnehmenden auf 520 Tage erhöht werden.
- Es braucht Investitionen in die Weiterbildung: Alle Schul- und Lehrabgängerinnen sowie junge Arbeitslose bis 30 Jahre sollen bei ihrer Meldung beim RAV auf Wunsch in ein individuelles Ausbildungs- oder Weiterbildungsprogramm überwiesen werden und die Kurzarbeit soll vermehrt zur Weiterbildung genutzt werden um die Qualifikation der Betroffenen zu verbessern.
- Und schliesslich sollen künftig Beiträge an die ALV analog zum System der AHV auf dem gesamten Lohn erhoben werden und nicht nur auf den ersten 126'000 Franken.

Genossinnen und Genossen, es ist nützlich, dass wir uns gerade heute treffen. Nützlich, einen Moment gemeinsam über unsere Lage nachzudenken. Tatsächlich haben wir schon glorreichere Zeiten erlebt. Wie viele von euch bin auch ich besorgt um die Zukunft der Partei. Unsere Niederlage bei den Genfer Wahlen fügt sich in eine Reihe von Enttäuschungen der letzten Monate. Das Schlimmste ist meiner Meinung nach nicht so sehr das Ergebnis des vergangenen Wochenendes. Schliesslich ging unser Wähleranteil nur leicht zurück, während die traditionelle Rechte eine schmachliche Niederlage kassierte.

Was mich vielmehr beunruhigt und betrübt, ist, dass in kaum mehr als zehn Jahren die Sozialdemokratische Partei in Genf von 22% der Stimmen auf 12% gesunken ist. Allerdings sind die Nachrichten auch in den Nachbarländern nicht sehr erfreulich: Die SPD hat eine bittere Niederlage erlitten, die französische PS ist wegen Machtkämpfen von Personen und präsidentialen Ambitionen schwer angeschlagen; die britische Labour bezahlt die gescheiterten Versuche mit einem illusorischen dritten Weg teuer, endgültig vereitelt durch die Kriegshetze von Toni Blair. Und die Siege unserer Genossinnen und Genossen in Griechenland, Norwegen oder Portugal reichen nicht aus, um unsere Sorgen völlig zu vertreiben.

Als wir vor achtzehn Monaten mit dem heutigen Team die Führung der Partei übernahmen, haben wir die zu verfolgende Linie klar aufgezeigt: Wir wollten aus der Sozialdemokratischen Partei eine soziale Bewegung machen, mit Mitgliedern, die sich im Alltag stärker engagieren, mit einem Kader, das seine Freude an der politischen Auseinandersetzung vermehrt zum Ausdruck bringt. Eine kämpferischere Partei, stärker fokussiert auf die sozialen und wirtschaftlichen Fragen, transparent in ihrem Handeln. Eine Partei, die konkrete Lösungen für die konkreten Sorgen der Leute vorschlägt. Eine Partei, die nicht davor zurückschreckt zu

missfallen. Eine Partei auf Augenhöhe sowohl mit ihrer Basis in der Arbeiterschaft als auch mit ihren Wählerinnen und Wählern der neuen Mittelschichten. Wir haben darauf hingewiesen, dass der Weg lang sein und dass es jahrelange Anstrengungen brauchen würde, um das Steuer eines Schiffes herumzudrehen, welches seinen Kompass verloren hat.

Dass wir uns richtig verstehen: Es handelt sich hierbei nicht um einen Vorwurf an unsere Vorgänger. Sie haben bemerkenswerte Arbeit geleistet, die es zu würdigen gilt. Diese Feststellung ist vielmehr ein Appell an uns alle. Hat nicht jeder von uns ab und an eine etwas nachlässige Passivität an den Tag gelegt? Haben wir unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern die Aufmerksamkeit geschenkt, die sie von ihren politischen Verantwortlichen auf kommunaler, kantonaler und nationaler Ebene erwarten dürfen? Haben wir ihre Bemerkungen und Wünsche ernst genommen? Haben wir in unserer politischen Arbeit genügend Fantasie und Mut gezeigt, oder haben wir uns damit begnügt, unsere Lehren zu wiederholen, die von unseren Vorgängern erarbeiteten Antworten herunterzuleiern, als ob die Gesellschaft sich nicht bewegt hätte? Und als ob die Antworten von gestern auf ewig Gültigkeit behalten würden?

Genossinnen und Genossen, diese Fragen werden uns von unseren Wählerinnen und Wählern täglich gestellt. Die Fragen stören. Sie nerven. Wir alle arbeiten doch an den Grenzen unserer Kräfte, um die Partei aus den festgefahrenen Pfaden zu führen. Sie sind aber deswegen nicht weniger legitim. Und jede und jeder von uns, ob Sektionspräsidentin, ob Mitglied der kantonalen Instanzen oder ob Aktivist wird täglich damit konfrontiert. Es geht um die Fragen unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger, die wissen, dass sie die Sozialdemokratische Partei brauchen, eine progressive Kraft, um die Werte von Gleichheit und Gerechtigkeit zu verteidigen. Und für diese verunsicherten Bürgerinnen und Bürger müssen wir den Kopf heben, die Ärmel hochkrempeln und unsere Erneuerung mit noch mehr Engagement fortsetzen. Wenn wir uns so einsetzen, um die Logik der Niederlage zu stoppen, damit die Wahlen 2011 für die SP eine Wende bedeuten, nicht einfach zur persönlichen Freude, an den Urnen zu gewinnen. Es ist vielmehr für Hunderttausende von Wählerinnen und Wählern, die auf uns zählen. Für sie müssen wir unsere Anstrengungen verstärken. Und wenn ich wir sage, meine ich nicht nur die Parteileitung, die paar Politikerinnen und Politiker, die ihr am Fernsehen seht. Es geht in erster Linie um euch in euren Gemeinderäten, in euren Parlamenten, ihr, die ihr Tag für Tag bei euren Bekannten die Sozialdemokratische Partei repräsentiert. Ihr seid die Partei.

Ich sehe bereits einige, die lächeln und die sich leise sagen: Das ist schön und gut, wie aber machen wir das? Lasst mich euch ganz unumwunden sagen: Wir werden den Weg weiterverfolgen, auf dem wir seit achtzehn Monaten gehen. Wir werden aber unsere Anstrengungen weiter intensivieren, unsere Strategie klarer kommunizieren und konsequenter anwenden, sowohl auf nationaler als auch - so hoffe ich wenigstens - kantonaler und kommunaler Ebene.

Wir dürfen uns von den in letzter Zeit erlittenen Niederlagen nicht entmutigen lassen. Die Politik verläuft in langen Zyklen. Es braucht Zeit, bis eine in den Kreisen der Partei ausgearbeitete Botschaft die Bevölkerung tatsächlich erreicht. Zeit, um überall die Repräsentation unserer Werte zu erneuern, Zeit, um in der ganzen Schweiz ein Konzept für eine gemeinsame Kampagne einzurichten und diese in enger Zusammenarbeit zwischen den kantonalen Parteien und der Schweizer Partei zu formulieren.

Genossinnen und Genossen, in der Politik gibt es keine Wunder. Seit 2005 durchlaufen wir eine schwierige Phase, und wir werden nicht wie von Zauberhand, durch einen zufälligen Wechsel des Präsidenten, heraus finden. Wir werden aber heraus finden, indem wir eine klare Strategie erarbeiten. Das haben wir bereits gemacht, Nun geht es an die Umsetzung, indem wir diese Strategie während Monaten und Jahren unseren potentiellen Wählerinnen und Wählern kommunizieren. Es ist in diesen schwierigen Zeiten, in denen die Partei euch am stärksten braucht. Sie braucht eure kritische Unterstützung und euer loyales Engagement. Und es ist in diesen Zeiten, in denen ich besonders stolz bin, auf eure Unterstützung zählen zu können.

Wie sieht die künftige Strategie aus? Erlaubt mir, Genossinnen und Genossen, drei Punkte hervorzuheben: Erstens müssen wir unsere Botschaft auf die sozialen und wirtschaftlichen Fragen konzentrieren. Zweitens geht es darum, unsere politischen Aktivitäten zu erweitern und drittens müssen wir unsere Kampagnen kohärenter führen.

### **Unsere Botschaft auf die sozialen und wirtschaftlichen Fragen konzentrieren**

Wir müssen noch vermehrt unsere politische Botschaft auf einige klar kommunizierbare Punkte konzentrieren. Die SP hat für die Legislatur 2007 - 2011 drei Hauptthemen bestimmt: soziale Gerechtigkeit, Stärkung der Kaufkraft und erneuerbare Energien. Wir müssen uns an diese Wahl halten, unsere politische Botschaft rund um diese wirtschaftliche und soziale Botschaft konzentrieren. Wir dürfen uns nicht verzetteln und nicht die Klarheit der Aussage wegen zu vieler Kämpfe verlieren.

In Krisenzeiten wird die politische Auseinandersetzung verwirrend einfach: Die Anhänger einer Verbesserung der sozialen Gerechtigkeit stehen Fremdenfeinden aller Schattierungen gegenüber. Und die Wahlprognosen sind einfacher denn je: Wenn Migrations- oder Sicherheitsfragen die Diskussionen beherrschen, gewinnt die populistische Rechte. Egal, was auch immer wir sagen oder tun. Wenn aber die sozialen oder wirtschaftlichen Fragen sich durchsetzen können, jene der Beschäftigung und des Service public, dann gewinnen wir. Und unsere Niederlage in Genf ist direkt mit unserem Unvermögen verbunden, überzeugende Antworten zu liefern für die Ängste der Genferinnen und Genfer angesichts der Zunahme der Anzahl Grenzgängerinnen und Grenzgänger. Wir haben es nicht geschafft, überzeugend darzulegen, dass es in Anbetracht der Ausbeutung der ausländischen Lohnempfänger durch einheimische Unternehmen effizienter, gerechter und intelligenter wäre, Minimallöhne einzuführen Und die Kontrollen und Sanktionen gegen Gesetzesbrecher zu verschärfen, anstatt Jagd auf Grenzgänger zu machen. Dass die Antwort auf die legitimen Sorgen der Genferinnen und Genfer in einer Stärkung der sozialen Gerechtigkeit liegt, im Klassenkampf, wie es einige nennen werden, und nicht in Fremdenfeindlichkeit.

Die politische Debatte auf unsere Themen lenken, die Konfrontation rund um die AHV konzentrieren, die Zukunft der Arbeitslosenversicherung, die Einführung von Minimallöhnen, die Schaffung neuer Arbeitsplätze dank intelligenten Investitionen in Energien der Zukunft: darin besteht unsere einzige Aufgabe. Sie erfordert genug Kreativität, Wille und Einsatz, um alle unsere Energie zu absorbieren. Umso mehr, als es hierbei nicht darum geht, einfach pfannenfertige Antworten zu wiederholen und zu kommunizieren, sondern darum, neue zu

erfinden, unsere Solidaritäten zu stärken, unsere historische Mission zu erfüllen als Triebkraft einer auf Gleichheit beruhenden und gerechteren Schweiz.

Es gibt zwei Fallen für die Sozialdemokratie, welche es zu vermeiden gilt: Einerseits einen sterilen, verbalen Radikalismus. Jenen etwa der extremen Populisten, die mehr daran interessiert sind, den Groll der Bevölkerung auszunutzen, als die Probleme wirklich zu lösen, mit denen sie konfrontiert ist. Allerdings, sagen wir es klar und deutlich: wir lehnen auch einen Pragmatismus der kleinen Schritte ab, eine Wochenpolitik, die nicht im Stande ist, langfristige Visionen aufzuzeigen. Wir wollen eine Reformpolitik betreiben, eine Politik, die eine soziale und ökologische Vision umsetzt. Die Sozialdemokratische Partei wird mit ihrem Slogan kämpfen: „Ja!“ Er ist Mandat und Hoffnungsträger zugleich.

Für die laufende Legislatur haben wir drei vorrangige Bereiche festgelegt, um diese Hoffnung auf Reformen und Fortschritt zu realisieren. Wir bitten euch heute, einen weiteren Schritt zur Klärung unserer Botschaft für die Wahlen 2011 zu unternehmen: Wir unterbreiten euch zwei Vorschläge für Eidgenössische Volksinitiativen: Sie betreffen in erster Linie Themen der Sozial- und Wirtschaftspolitik, Kernthemen der Sozialdemokratischen Partei. Es geht direkt und unmittelbar um das Leben unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger. Und sie betreffen primäre, für unseren Alltag relevante Themen. Ich habe es bereits gesagt: Die Sozialdemokratische Partei muss die Anliegen der Bevölkerung ernst nehmen, konkrete Antworten auf bestehende Probleme geben, mit denen unsere Wählerinnen und Wähler konfrontiert sind. Genau dies tun wir mit dieser Auswahl.

### **Unsere politischen Aktivitäten erweitern**

Zweitens müssen wir unsere Art ändern, Politik zu machen, die Türen und Fenster im Haus der Sozialdemokratie öffnen, um vermehrt frische Luft hereinzulassen. Man kann natürlich lächeln über die hier und da unternommenen Versuche mit der partizipativen Demokratie, sich über die „Désirs d'avenir“ von Ségolène Royal ironisch äussern. Oder herzlich lachen, wenn die Präsidentin des französischen Parti socialiste Martine Aubry die Aktivistinnen und Aktivisten in einer allgemeinen, auch nicht PSF-Mitgliedern offenstehenden Primärwahl entscheiden lässt, wer 2012 Präsidentschaftskandidat wird. Und man kann auch der Auffassung sein, dass eine Konsultation zur Wahl unter fünf Vorlagen von Volksinitiativen - unter anderem mit Hilfe des Internets - Ausdruck von Schwäche der Leitung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz ist, die sich damit der "Facebookisierung" schuldig macht.

Für mich ist genau das Gegenteil der Fall. Die Partei muss vermehrt auf unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger hören, sich öfter auf Augenhöhe mit der Gesellschaft begeben. Wir müssen stärker an der Seite der Bevölkerung präsent sein. Dort, wo sie sich trifft, sei dies an Fussballspielen, bei Volksfesten, an Slow-ups oder an Messen und regionalen Anlässen. Aber auch in den neuen sozialen Netzwerken. Kurz, die Sozialdemokratische Partei muss sowohl auf der Strasse als auch auf Facebook präsent sein.

Die Art zu ändern, wie Politik gemacht wird heisst auch, sich um die Erneuerung der politischen Eliten unseres Landes zu bemühen. Dafür zu sorgen, dass die Jungen Platz in

unseren Sektionen erhalten und ihre Namen auf unsere Wahllisten kommen. Unsere politischen Aktivitäten zu erweitern bedeutet, Widersprüche zuzulassen, manchmal zu akzeptieren, dass Provokation unsere Sache weiterbringen kann. Die Sozialdemokratische Partei muss wieder zum Ort werden, wo debattiert wird, was sie eigentlich immer hätte sein sollen. In den vergangenen Jahren haben wir leidenschaftlich diskutiert über unsere Bildungspolitik, über unsere Energiepolitik, über unsere Vorstellungen von öffentlicher Sicherheit oder über die beste Art, der Wirtschaftskrise zu trotzen. In diesem Sinn müssen wir weiterfahren: Unmittelbar, mit der Diskussion heute Nachmittag über die langfristige Zukunft des Wirtschaftssystems, in dem wir leben. Eine Diskussion über eine neue Wirtschaftsordnung im Rahmen der Arbeiten zur Reform unseres Parteiprogramms.

### **Konsequenterere Kampagnen**

Genossinnen und Genossen, wir waren uns einig bei der Feststellung, dass wir 2007 mehr oder weniger die Kampagne der SVP unterstützt hatten, als wir die Diskussion über die - zweifellos inakzeptablen - Plakate dieser Partei lancierten. Wir haben die stark verminderte Aufmerksamkeit unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger dazu verwendet, das Projekt unserer Gegner zu kritisieren, anstatt das unsere zu vertreten. Wir haben uns damals geschworen, dass wir uns nicht mehr erwischen lassen. Und dass wir künftig unser eigenes Spiel spielen würden.

Nun, ich muss zugeben, dass ich baff darüber bin, was ich dieser Tage in der Kampagne gegen die Minarette beobachte. Haben wir denn aus der Niederlage 2007 nichts gelernt? Werden wir immer wieder in dieselben Fallen tappen? Glauben wir wirklich, eine Abstimmung gewinnen zu können, indem wir die Plakate unserer Gegner kritisieren und verbieten? Lasst uns die Initiative gegen Minarette bekämpfen und nicht die Plakate ihrer Urheber! Jede Minute, die zur Kommentierung oder Kritik der Kampagne unserer Gegenpartei aufgewendet wird, ist bestenfalls eine verlorene Minute. Schlimmstenfalls aber bedeutet es eine direkte Unterstützung der Propaganda unserer Gegner.

Und diese Abstimmung ist mir zu wichtig, als dass sie in eine Diskussion über die Propagandatalente dieser oder jener Werbeagentur umgewandelt wird. Wir müssen diese Initiative entschieden bekämpfen, denn sie gefährdet den Religionsfrieden.

Erlaubt mir, ausnahmsweise ein persönliches Erlebnis zu schildern: Als Kind besuchte ich mit meinen Eltern regelmässig ein altes Kloster, jenes von Part Dieu. Angelehnt an die Hänge des Moléson stand es über dem Dorf, in dem ich aufgewachsen bin. Es symbolisierte in meinen Kinderaugen eine friedliche und unverrückbare Zeit des Studiums und dem Lauf der Jahreszeiten.

Aber seine Bedeutung änderte sich in meinen Augen und jenen meiner Kameraden auf einen Schlag: Eines Tages entdeckten wir, dass der Giebel der Kirche Schusslöcher aufweist. Deutlich sichtbare, klare Löcher. Ungeschicklichkeit von ein paar Jägern? Nein: diese Einschüsse erinnern uns an den Sonderbundskrieg vor 160 Jahren.

Die reformierten Heere von General Dufour besetzten das Kloster, beschossen mit Musketen den Giebel, auf dem die Jungfrau und Heilige abgebildet sind und verjagten die Mönche. In

meinen Kinderaugen und jenen meiner Kameraden erschien die Szene sehr lebhaft: Reformierte Haudegen verjagten unsere guten Mönche, es waren - und unsere Lehrer unterstützten unsere Vorstellung - Attila und die in Rom einfallenden Hunnen, es war die alte Ordnung, die von gefährlichen Revolutionären gewaltsam in Frage gestellt wurde. Es war Bürgerkrieg. In der Schweiz und anderswo.

Natürlich feiert kein Land der Welt seine Niederlagen oder seine Spaltung. In den Wirren im Zusammenhang mit der Geburt der grossen europäischen Nationen hätte der Sonderbundskrieg die Eidgenossenschaft beinahe zerstört. Bei der Konfrontation zwischen den Konservativen, den strengen Hütern einer alten Ordnung und den Liberalen, den Verfechtern von neuen politischen und gesellschaftlichen Freiheiten, behielten letztere die Oberhand. Zuerst auf den Schlachtfeldern, später in den Köpfen. Sie besaßen die Weisheit, den Staat aus den religiösen Streitigkeiten herauszuhalten, indem sie einerseits die Religionsfreiheit in unserer Verfassung verankerten und andererseits eine Form von konfessioneller Neutralität einnahmen, welche den Frieden zwischen den Bürgern gewährleistete.

Die Schweiz, die ich liebe, wurde zweimal geboren. Ein erstes Mal 1848. Es ist die Schweiz der Freiheiten, der Gewaltentrennung, der friedlichen Koexistenz der Religionen. Ein zweites Mal 1948, nach dem Weltkrieg. Es ist die Schweiz der sozialen Gerechtigkeit, der AHV. Die Mission der Sozialdemokratischen Partei besteht darin, diese Schweiz der Solidarität zu erneuern, und sie tut dies täglich. Aber in dieser bevorstehenden Abstimmung müssen wir die Errungenschaften von 1848 verteidigen. Wir müssen daran erinnern, dass unsere Institutionen zerbrechlich sind. Dass sie das Ergebnis aus viel Leid und Mühen sind. Wir müssen wiederholen, dass der innere und der religiöse Friede nie definitiv gesichert sind. In einer Zeit, in der gewisse Kräfte versuchen - unter dem Vorwand, den Islam zu bekämpfen, - alte Verbitterung zu erwecken, lohnt es sich, über den Ursprung unserer Konzepte von Freiheit und religiöser Neutralität des Staates nachzudenken.

Unsere Botschaft soll sich so konzentrieren, dass jeder und jede in der Schweiz weiss, dass die Sozialdemokratische Partei für soziale Gerechtigkeit steht. Wir müssen unsere politischen Aktivitäten in dem Sinn erweitern, dass sie der Entwicklung der Gesellschaft entsprechen. Wir müssen unsere Kampagnen disziplinierter, besser koordiniert führen. Dies alles ist seit achtzehn Monaten im Gang und muss jahrelang fortgeführt werden, um Früchte zu tragen. Damit die Bevölkerung feststellen kann, dass sich die Sozialdemokratische Partei erneuert hat, dass sie den sozialen, wirtschaftlichen und energetischen Herausforderungen unserer Zeit besser als andere gewachsen ist.

Genossinnen und Genossen, die Anstrengungen, die uns erwarten, sind riesig. Wir alle wissen das. Aber wir müssen auch erwähnen, dass auch die Befriedigung riesig ist, die das politische Engagement uns allen verschafft. Es gibt Abende, die beflügeln einen eine ganze Woche lang.

Ein Beispiel? Die Sozialdemokratische Partei in Zürich galt als todkrank. Natürlich wusste ich, dass dem nicht so ist. Dass nämlich unsere Genossinnen und Genossen die Parteistrukturen von Grund auf umgestaltet hatten, dass sie in Verbindung mit der schweizerischen Partei ihr politisches Engagement auf ein paar einfache Botschaften

konzentriert und dass sie ihre Präsenz auf der Strasse verstärkt hatte. Aber nichts drang nach aussen. Man konnte sich fragen, ob man einer Täuschung erlag.

Das war vorher. Bevor Rita Fuhrer von der SVP ihren Rücktritt aus dem Regierungsrat ankündigte. Bevor der Grünliberale Martin Bäumle sein Interesse für den Posten bekannt gab. Bevor die Grünen auf eine Kandidatur verzichteten wegen zu geringer Erfolgschancen, wie sie sagten. Als wäre Politik nur eine Frage der Machtverteilung, der mathematischen Formeln. Unsere Zürcher Genossinnen und Genossen haben ihre Verantwortung dagegen wahrgenommen: Sie haben klar gemacht, dass die Grünliberalen eine Rechtspartei sind und dass es mitten in der Wirtschaftskrise nicht in Frage kommt, weiterhin eine bürgerliche Mehrheit in Zürich zu haben. Sie hatten recht, es auszusprechen: In sozialer, fiskalpolitischer Hinsicht, bezüglich Service public und puncto Sicherheits- und Familienpolitik unterscheidet sich ein Martin Bäumle in nichts vom rechten Flügel der Freisinnigen. Er ist eine Alternative zu Filippo Leutenegger, und keine Alternative für eine linke Kandidatur. Unsere Genossinnen und Genossen haben Daniel Jositsch ins Rennen um den SVP-Sitz geschickt. Und sie haben es mit Begeisterung getan, mit Kampfeswillen und mit unglaublicher Frische.

Genossinnen und Genossen, ich war bei der Nomination von Daniel dabei. Und ich bin mit einer Überzeugung zurückgekommen: Eine Partei, die etwas wagt, die sich engagiert, die Freude hat und sie auch zeigt, diese Partei kann nicht verlieren. Und selbst wenn Jositsch unter dem Gewicht der Wahlarithmetik nachgeben sollte, die Zürcher Sozialdemokratische Partei wird gestärkt aus dieser Konfrontation hervorgehen. Sie wird ihren Kampfgeist unter Beweis gestellt haben. Sie wird bewiesen haben, dass es in der Politik nicht darum geht, Posten aufzuteilen, sondern Ideen zu vertreten. Es geht darum Grenzen zu verschieben, konkrete Lösungen für konkrete Probleme unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger anzubieten.

Ich hoffe für uns alle, dass wir denselben Kampfgeist zeigen und dass wir in zwei Jahren die Früchte ernten können.